

Im Jahre 1869 hat Fischhof die leitenden politischen Ideen seines Lebens in einem Buch niedergelegt, das den heute beinahe schon unbegreiflich gewordenen Titel führte: „Oesterreich und die Bürgerschaften seines Bestandes“. Wie wir hören, gedenkt Graf Badeni seine ungewollte Mühe zu verwenden, um ein anderes Buch zu schreiben, das den actuellen Titel führen soll: „Oesterreich und die Bürgerschaften seines Unterganges“.

Man erinnert sich wohl noch an den Ausspruch, den Graf Badeni zu Anfang seiner Regierung that: daß er mit dem Dr. Lueger schon fertig werden würde. Erst jetzt bei seinem Sturz hat er diesen Ausspruch, in gewissem Sinne wenigstens, wahr gemacht. Graf Badeni ist mit dem Dr. Lueger fertig geworden. Sie sind nämlich beide zugleich fertig geworden: Graf Badeni mit seiner Regierung, Dr. Lueger mit seiner Popularität.

In Buxk hat Graf Badeni „erhobenen Hauptes“ gerührt, „daß die Sprachenverordnungen die Grundlagen der weiteren politischen Entwicklung in Oesterreich bilden werden.“ „Erhobenen Hauptes“ hätte er auch die Prager Böhlerexcesse hinzuzählen können, die zweifellos gleichfalls die künftige Entwicklung nachdrücklich beeinflussen werden und nicht minder ein Erfolg seiner Politik sind, trotzdem sie erst nach seinem Sturze in die Erscheinung getreten sind.

Graf Badeni kann überhaupt stolz sein, auf seine staatsmännischen Erfolge. Erst jetzt sieht man, wieviel Unhänger er gehabt hat. Jeden Tag liest man nämlich in den Prager Telegrammen von einigen Badeni-Enthusiasten, die wegen Plünderung, persönlicher Drohung oder Brandstiftung in Prag eingesperrt worden sind. Die Prager Gefängnisse werden für ihre Zahl bald zu klein sein.

Ein merkwürdiges Mißgeschick verfolgt den jungezeitschischen Abg. Dr. Pacak. In ihm sieht man den Vater der Badenischen Sprachenverordnungen. Wohl hat er es nachträglich mit großer Energie in unserem Blatte abgelehnt. Man hat es aber trotzdem geglaubt, weil er im ersten Ansturm der väterlichen Freudenentzückung, so unvorsichtig gewesen war, seine Vaterschaft in den „Narodni Listy“ zu verrathen, was ihm dann in diesen Spalten schwarz auf weiß nachgewiesen wurde. Neuestens sind nun die Gaultschischen Abänderungsvorschläge zu den Sprachenverordnungen gekommen. Diesmal hat sich Herr Dr. Pacak zunächst jeder Aeußerung über die Vaterschaft enthalten. Nichtsdestoweniger hat Abg. Dr. Lecher in seiner Brilmer Rede den Herrn Dr. Pacak auch als den Vater der Gaultschischen Vorschläge bezeichnet. Dr. Pacak hat abermals dementirt. Diesmal war aber das Dementi die Unvorsichtigkeit. Bei den Gaultschischen Vorschlägen glauben die Leute gerade des Dementis wegen an die Vaterschaft des Dr. Pacak, nachdem man sich schon gelegentlich der Badenischen Verordnungen daran gewöhnt hat, in Vaterschaftsachen nur das für wahr zu halten, was Dr. Pacak dementirt.

Ein ganz infernalisches Strafverschärfungsmittel hat das Landesgericht Wien erfunden. Es gestattet nämlich seinen Häftlingen keine andere politische Zeitung zu lesen als die — „Reichswehr“. Auf Grund dieser Nachricht habe ich nun ein Mittel erdacht, um der Regierung die Deckung des 300.000 fl.-Deficits der „Reichswehr“ zu ermöglichen, falls der neue Finanzminister Herr v. Böhm nicht in der Lage sein sollte, jene 300.000 fl. aus den 100.000 fl. des Dispositionsfonds hervorzuzaubern. Mein Vorschlag ist: Der Justizminister verordne, daß jede Strafanstalt für jeden ihrer Häftlinge je ein Exemplar der „Reichswehr“ zur obligatorischen Lectüre abonnieren möge. Die „Reichswehr“ würde auf diese Art dem patriotischen Zweck eines Abschreckungsmittels für Sträflinge dienen. Ihr Deficit wäre aber aus den staatlichen Criminal-Abonnements bald gedeckt. Na, da sich die Zahl der Verbrecher erfahrungsmäßig mit jedem Jahr vermehrt, könnte man in absehbarer Zeit sogar auf einen Reingewinn aus der „Reichswehr“ rechnen.

Volkswirtschaftliches.

In den letzten Wochen hat die österreichische Valuta wieder Schwankungen durchgemacht, wie in der guten alten Zeit. Nachdem Marknoten langsam auf 59 gestiegen waren, sprangen sie innerhalb drei Tagen bis auf 59.20, um dann eben so rasch wieder auf 59 zu fallen. Beim Höchststande bedeutet das ein Agio von circa 1/2%. Da drängt sich die Frage von selbst auf, ob solche Schwankungen nöthig sind bei einem Goldschatz der Bank von über 400 Millionen. Daß die Bank die Pflicht hat, das Agio durch Goldabgaben zu bekämpfen, wird heute kaum mehr von jemandem bestritten. Das ist bekanntlich noch nicht lange so. Noch vor kaum 1 1/2 Jahren war es insbesondere im Finanzministerium Dogma, daß die Bank von dem einströmenden Gold unter keinen Umständen etwas herzugeben hätte. Da aber heute diese Pflicht der Bank wenigstens öffentlich unbestritten ist, sie auch thatsächlich durch Goldabgaben eingegriffen hat, ist es ihre Aufgabe, ihre Operationen so zu gestalten, daß ein nennenswerthes Agio überhaupt nicht aufkommen kann, wenigstens insoweit sie es durch Abgaben des ihr zugeströmten Goldes — das von den Regierungen erlegt bleibt da außer Spiel — verhindern kann. Das hat die Bank diesmal nicht gethan, ihre Abgaben waren unwirksam, weil sie nicht rasch und energisch genug erfolgten. Gerade das schnelle Sinken des Agios, welches weit weniger durch Abgaben der Bank als durch Abgaben des Warenaexportes hervorgerufen war, beweist dies. Sowie der Marknotenconcours etwa 59 erreicht hatte, verbreitete sich der Glaube, daß die Bank entweder nicht den Willen oder nicht die Macht habe, ein weiteres Steigen des Agios zu verhindern und die Folgen waren erstens große speculative Käufe von Devisen, zweitens ausländische Contremine-Abgaben in österreichischen Effecten und dafür wieder Rembourskäufe von Devisen. Hätte die Bank von Anfang an jeden Bedarf coulant befriedigt, so wären diese Käufe nie erfolgt; der Marknotenconcours hätte diese psychologisch wichtige Grenze von 59 nicht überschritten, und die Bank hätte dies durch geringere Abgaben erreicht,

als sie thatsächlich vorgenommen hat. Der immer wiederkehrende Einwurf, daß die Bank nicht wissen könne, wie weit der Bedarf gehen werde, und daß sie schließlich ihr Pulver umsonst verschossen haben könne, ist, so oft er auch vorgebracht wird, doch unbillig. Dieser Einwurf geht immer von dem principiell verkehrten Standpunkt aus, daß der Goldbesitz die Hauptsache sei, während in Wirklichkeit die Parität der Wechselcourse die Hauptsache ist und das Mittel dazu der Goldschatz und dessen zweckmäßige Verwendung. Agio bedeutet kurzfristige, wenn auch prolongationsfähige Verschuldung an das Ausland. Der Goldbesitz hier und die Verschuldung draußen sind ökonomisch, weil sie eben als Begleiterscheinung das Agio und dessen Schwanken mit allen Nachtheilen für Handel und Production haben. Freilich kann es geschehen, daß infolge besonders widriger Momente, trotz energischen Eingreifens, das Agio schließlich doch nicht zu bannen ist. Dann hat man eben das Seinige gethan. Ultra posse nemo tenetur. Diesmal aber, wo von den im Laufe eines Jahres zugeströmten 10 Millionen kaum mehr als der vierte Theil abgegeben war, war diese Gefahr noch lange nicht zu befürchten; besonders da die Bank sich mit der durch ihre Goldabgaben bewirkten Verengung des heimischen Notenumlaufes die Möglichkeit wirkungsvoller Zinsfußpolitik schuf. Wer kämpft, muß jenes Mittel anwenden, welches die größte Aussicht auf Sieg bietet. In der Agiobekämpfung empfiehlt es sich also, jeden Devisen- und Goldbedarf, welcher die Wechselcourse über eine enge Grenze zu steigern droht, unbekümmert darum zu befriedigen, ob dann doch ein Agio entstehen würde, wenn nach den abgegebenen 20 Millionen noch weitere 100 Millionen abzugeben wären. Hoffentlich wird die Bank, welche im Frühjahr das Agio mit großem Geschick bekämpfte, dieses Lob bei der nächsten Gelegenheit, die voraussichtlich bald eintreten wird, wieder verdienen.

Die Verhandlungen wegen des Wiener Gasanlehens sind resultatlos geblieben. Die Communalverwaltung ist wieder genöthigt, den dringenden Cassabedarf durch Vorschüsse bei Communal- und anderen Sparcassen zu sehr zweifelhaften Bedingungen zu decken. Die Verlegenheit versetzt die Gemeinderathsmajorität in nicht gerade rosiges Laune; in dieser nimmt sie die oppositionelle Kritik ihrer Finanzwirtschaft natürlich umso lieber auf, als diese Kritik vollkommen berechtigt ist. Wenn jemand einen Fehler begeht, möchte er immer gern die Schuld auf einen anderen schieben, und so möchte Herr Doctor Lueger gerne die Schädigung des Communalcredits, welche seine Ungeschicklichkeit verursachte, auf jene wälzen, welche ihm seine Mißgriffe vorhalten. Das nißt ihm freilich wenig. Köstlich nimmt es sich aus, wenn ihm das „Deutsche Volksblatt“ dabei secundirt und im selben Bericht schreibt, daß die deutschliberale Partei die Gemeinde Wien bankerott gemacht habe. Eine ärgere Schädigung des Communalcredits als die Afficirung des Bankrotts im Moniteur der herrschenden Partei kann man sich doch schwer denken. Glücklicherweise ist es nicht wahr. Die Finanzen der Stadt Wien sind bis jetzt in ganz geordneten Verhältnissen. Ebensovienig ist es wahr, daß Doctor Lueger an der „jüdischen Geldclique“ gescheitert ist. Das wäre freilich eine recht willkommene Ausrede für ihn und man kann sich kaum etwas Bortierteres vorstellen, als die liberale Tagespresse, welche in ihrem Jubel über die Verlegenheiten der Communalverwaltung ihm diese Ausrede förmlich in den Mund legt. Doctor Lueger droht einzig und allein an seiner Ungeschicklichkeit zu scheitern. Erst hat er versucht, das Anlehen allerorten anzubringen, wo man kein Interesse hatte, mit der Commune Wien in Geschäftsverbindung zu treten. Nur die zwei vernünftigsten Wege hat er nicht eingeschlagen: sich entweder rechtzeitig an die Wiener Banken zu wenden oder eine directe Subscription bei den Stadtcassen und der Postsparcassa, deren Dienste zu diesem Zwecke zweifellos zur Verfügung gestellt worden wären, zu veranstalten. Dann hat er auf alle möglichen Stützstellen und Unterstützungen von außen her, nicht zum mindesten auf den Grafen Badeni gerechnet, und so wie dieser mit dem Ausgleich, hat er bis zum letzten Moment mit der Begehung gewartet. Infolgedessen ist er mit der Nothwendigkeit, die Anleihe anzubringen, in eine Zeit hineingekommen, wo die ungünstige Marktlage und die trostlosen politischen Verhältnisse jedes größere Finanzgeschäft unmöglich machen. Hätten die Banken die Aussicht gesehen, das Geschäft mit entsprechendem Nutzen abzuwickeln, so wäre es zweifellos abgeschlossen worden. Es dürfte auch gemacht werden, wenn im neuen Jahre die politischen Verhältnisse sich geklärt haben werden, und wenn Doctor Lueger dann den Banken eine entsprechende Gewinnst-Marge läßt. Hoffentlich hat er inzwischen gelernt, daß die Banken keinen Grund haben, ihm sein Anlehen ohne Nutzen abzunehmen. Daß er das aber nicht gleich gewußt hat, muß die Commune mit hohen Vorschusszinsen und mit Schädigung ihres Credits büßen.

Kunst und Leben.

Die Premieren der Woche. Paris. Opéra, „Cloche du Rhin“ von Camille Nousseau. Scala, „Ko-ko-Ri-ko“ von Paul Fiers. — Berlin. Dramatische Gesellschaft, „Ledige Leute“ von Felix Dörmann. Neue freie Volksbühne, „Barbara Holzner“ von Clara Viebig. — München. Residenztheater, „Abu Said“ von Oscar Blumenthal, „In Behandlung“ von Max Dreyer.

„Der Faust ist kaum eine Probe für den mimischen Künstler, er spielt sich theils von selbst und ist zum Theil gar nicht zu spielen“, hat Hebbel geschrieben. Banal könnte man das auch so sagen: der Faust enthält viele Rollen, beim Lesen ist es möglich, sie uns alle zu imaginieren, aber der Schauspieler kann mit seinem Leib nur eine geben, so werden wir immer ein Manco empfinden. Den lebenden Faust spielt Herr Robert mit seiner Größe und einer unbeschreiblichen romantischen Poesie; wenn man sagt: als deutschen Troubadour, denkt man es vielleicht an. Den philosophischen Faust drückt er gewaltig und sehr körperlich aus. Das wirkt stark, aber ich meine doch, daß diese rein geistigen Qualen auch eine rein geistige Art der Darstellung verlangen; man erinnere sich etwa, wie Jacconi den Monolog des Hamlet oder Rainz den Glockengießer gesprochen